

Der «Briefträger der Tabaklobby» wechselt die Seite

Ständerat Josef Dittli kämpfte gegen Werbeverbote – bis er ein 140 000-Franken-Mandat übernahm

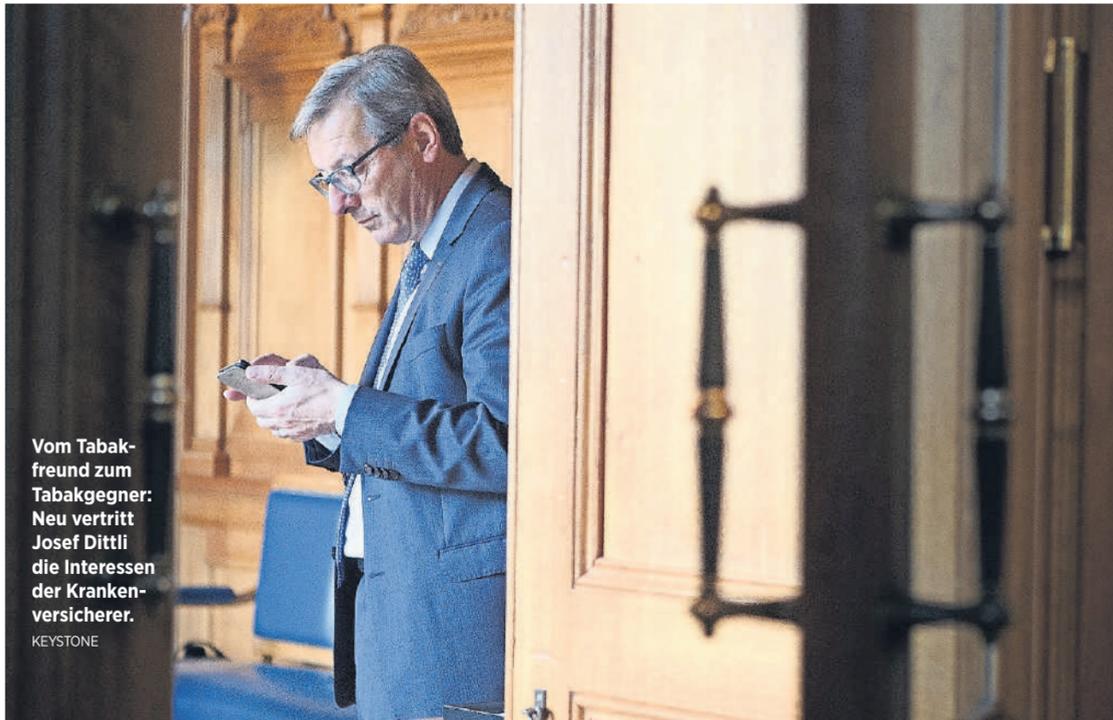
VON LORENZ HONEGGER

Im Bundeshaus gibt es ein Sprichwort: «Die besten Lobbyisten sind die Parlamentarier selbst.» Gemeint ist: Niemand kann direkter auf Gesetze Einfluss nehmen als die National- und Ständeräte persönlich. Trotzdem verzichten viele Parlamentarier auf lukrative Verwaltungsratsmandate, andere beschränken sich auf einen Wirtschaftszweig. Und dann gibt es Fälle wie Josef Dittli. Der 2015 gewählte FDP-Ständerat war ursprünglich Volksschullehrer, später Berufsoffizier, dann Regierungsrat.

Seit einigen Jahren lautet seine Berufsbezeichnung «unabhängiger Stiftungs- und Verwaltungsrat». Als solcher hat er innert Kürze gut ein Dutzend Mandate gesammelt. Er präsidiert den Verband der verladenden Wirtschaft, die Lotteriegesellschaft Swisslos und seit Anfang 2018 auch noch Curafutura, den Verband der Krankenversicherer Helsana, CSS, KPT und Sanitas. Für ein 40-Prozent-Pensum zahlen diese ihm 140 000 Franken jährlich. Schön findet eine solche Ansammlung von Ämtern niemand, im Schweizer Milizsystem lässt sich das aber nicht verhindern.

Was Dittli in den Augen seiner Kritiker von anderen Fällen unterscheidet, ist die Bereitschaft, seine Position innert kürzester Zeit um 180 Grad zu ändern, wenn es den Interessen seines aktuellen Auftraggebers dient.

Wie Dittli der Tabakbranche half
Auslöser für diese harte Kritik ist ein Auftritt Dittlis in der Gesundheitskommission des Ständerates vor knapp zwei Wochen: Auf der Traktandenliste stand wieder einmal das Tabakproduktegesetz. Dazu muss man wissen: Dittli hat die parlamentarische Beratung der Vorlage entscheidend mitgeprägt. Er war es, der als Wortführer der Tabakfreunde mit einem Rückweisungsantrag das ursprüngliche Tabakproduktegesetz 2016 zu Fall brachte: Das Parlament schickte die Vorlage zurück an den Bundesrat, mit der Anweisung, so gut wie alle Werbeverbote aus der Vorlage zu streichen. Eine Niederlage für Gesundheitsminister Alain Berset, ein Erfolg für die Zigarettenhersteller. Ber-



Vom Tabakfreund zum Tabakgegner: Neu vertritt Josef Dittli die Interessen der Krankenversicherer.

KEYSTONE

sets Ziel, dass die Schweiz die Tabakkonvention der Weltgesundheitsorganisation (WHO) endlich ratifizieren kann, war damit ausser Reichweite. Dittli verteidigte das Vorgehen: «Es gehört zu unserem Staat, dass wir den Liberalismus, die Markt- und die Werbefreiheit hochhalten», sagte er in einem Interview. Der «Blick» bezeichnete ihn als «Briefträger der Tabaklobby».

In der Kommissionssitzung vor zwei Wochen war dann auf einmal alles anders. Da sass nicht mehr der Ständerat Dittli, der 2016 die Wirksamkeit von Werbeverböten infrage gestellt hatte. Stattdessen schlug der inzwischen hoch bezahlte Präsident des Krankenversicherungsverbandes Curafutura vor, das Bundesamt für Gesundheit (BAG) möge bis zur nächsten Sitzung Vorschläge machen, wie das Tabakproduktegesetz doch noch WHO-konform ausgestaltet werden könne. Was nichts anderes heisst als: Es braucht Werbe-

verbote. Viele Anwesende trauten ihren Ohren nicht.

Mit seiner Kehrtwende ist Dittli auf den Kurs seines neuen Arbeitgebers Curafutura eingeschwenkt: Der Verband hielt schon im Frühling in der Vernehmlassung fest, der Tabakkonsum verursache in der Schweiz jährlich vermeidbare Krankheitskosten in der Höhe von 1,7 Milliarden Franken. Es stelle sich die Frage, «ob es sinnvoll ist, ein neues Gesetz zu schaffen, das nicht den international ausgehandelten Mindestvorgaben entspricht».

Zusätzlich forderten die Versicherer Helsana, CSS, Sanitas, KPT und Groupe Mutuel am 13. Februar in einem Brief an die Kommission «eine Überarbeitung und Verschärfung» des Gesetzesentwurfs. Sie schlugen vor, die ursprünglich vorgesehenen Werbebeschränkungen wieder in der Vorlage zu integrieren. «Selbst in Anbetracht unserer grundsätzlich liberalen Grundhal-

tung sind die von uns vorgeschlagenen Änderungen mit Blick auf die Gesundheitskosten erforderlich und angebracht.» Das Gegenteil von dem, was Ständerat Dittli 2016 sagte.

Dittli: «Bisher» keine Kehrtwende
Curafutura-Präsident Dittli bestätigt auf Anfrage seinen Vorschlag in der Kommission, das BAG mit der Prüfung von WHO-konformen Varianten des Tabakproduktegesetzes zu beauftragen: Diesen Input habe er «aus taktischen Gründen» gemacht, da zurzeit diverse Organisationen Unterschriften für die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» sammelten, die in seinen Augen zu weit geht. «Bisher» habe er in der Kommission aber keine gegenteilige Position bezogen. Er werde bei seinem Entscheid «die Argumente der Krankenversicherer mit jenen des Liberalismus abwägen».

Bundesplatz



Doris Leuthard wurde bereits von **Hansuelli Loosli** gebucht und für den Coop-Verwaltungsrat gewonnen. Für kleinere Anfragen hat sich die Speaker-Agentur von **Esther Girsberger** die Exklusivitätsrechte gesichert. Ab Herbst ist das «politische Naturtalent» (Eigenwerbung) als Rednerin zu buchen. Zu den empfohlenen Themen gehören «Nachhaltigkeit», «Digitalisierung», «Medien» und «Frauen», dazu «Einbettungen ins Weltgeschehen». Zu aktuellen politischen Themen nehme sie jedoch nicht Stellung. Der Preis ist Verhandlungssache, einen festen Tarif gebe es nicht, sagt Girsberger.

Als die «Arena» des Schweizer Fernsehens im Februar ohne einen Vertreter der SP darüber diskutierte, was die Schweiz ausmacht, da twitterte SP-Nationalrat **Cédric Wermuth** beleidigt: «Primär macht offenbar die Schweiz aus, dass es die Linke nicht gibt.» Am Freitagabend ging es um die Europafrage und diesmal war die CVP nur Zaungast, was Nationalrätin **Andrea Gmür** erzürnte: «Und die CVP wird wieder aussen vor gelassen?» Schaut man auf den Wahlbarometer, dann kann man die Nervosität der Sozial- und Christlichdemokraten bestens nachvollziehen.

So schnell kann es gehen: Anfang Woche kündigte die ehemalige SP-Nationalrätin und Winterthurer Schulpflegepräsidentin **Chantal Galladé** ihren Wechsel zu den Grünliberalen an. Am Freitagabend stand sie dann bereits für ihre neue Partei im Einsatz: In der «Arena» des Schweizer Fernsehens trat sie unter dem Titel «Tschüss SP!» zum Thema Rahmenabkommen gegen ihre einstigen Kollegen der SP an: gegen Ständerat **Daniel Jositsch** (ZH) und gegen Fraktionschef **Roger Nordmann** (VD). Aus der zweiten Reihe wurde Galladé aber gleichzeitig von ihrer neuen Parteikollegin **Tiana Angelina Moser** unterstützt, der Fraktionschefin der Grünliberalen. Es ist anzunehmen, dass dieser Auftritt der Winterthurerin die Führung der Sozialdemokraten zusätzlich verärgern dürfte.

Die Bundesbahnen ziehen Bilanz: Mensch 1 – Maschine 0

Die SBB testeten den Einsatz eines sprechenden Roboters. Doch er überzeugte die Kunden zu wenig – aus mehreren Gründen.

VON BENJAMIN WEINMANN

Das Hotel Schweizerhof, der Nahrungsmittelmulti Nestlé und das Einkaufszentrum Glatt: Sie alle haben ihn schon getestet, den intelligenten Roboter Pepper. Nun wagten auch die SBB den Einsatz des Roboters, der mit Kunden interagieren kann. Die Bundesbahnen wollten im Bahnreisezentrum am Zürcher Hauptbahnhof prüfen, inwiefern der sogenannte «Chatbot» die Aufgaben der Angestellten hinter dem Schalter übernehmen könnte.

In einem konzerneigenen Blogbeitrag schreiben die SBB, man habe herausfinden wollen, wie die Kunden Pepper nutzen und welche Fragen sie ihm stellen würden. Zudem ging es darum, zu erfahren, ob Kunden lieber mit dem Roboter sprechen oder ihm Fragen per Texteingabe auf seinem Tablet stellen möchten.

In ihrem Blog ziehen die SBB Bilanz – und diese dürfte Pepper das Herz bre-

chen, wenn er eins hätte. Die Bundesbahnen fassen die Erkenntnisse in vier Punkten zusammen:

1. Kunden würden sich einen persönlichen Kontakt im Reisezentrum wünschen – «egal, ob sie nur eine Kurzauskunft oder eine ausführliche Beratung benötigen.»

2. Das Vertrauen in eine künstliche Intelligenz und in einen digitalen Assistenten ist kleiner als gegenüber dem Menschen.

3. Die Wartezeiten zwischen Fragestellung und Antwort empfanden die SBB-Kunden als lange, «selbst wenn diese nur wenige Sekunden dauerte».

4. Ein kleiner Wermutstropfen für Pepper: Die Kunden bevorzugten es, mit ihm direkt zu kommunizieren. «Die Texteingabe via Messenger auf dem Tablet bereitete den Kunden eher Mühe.»

Die SBB kommen deshalb zu einem klaren Fazit, nämlich, dass der Mensch als Berater und Auskunftgeber im Reisezentrum nach wie vor gewünscht wird. Ein digitaler Assistent werde aber zumindest als Alternative angesehen, zum Beispiel für Auskünfte unterwegs, wenn man sich nicht im Bahnhof oder im Reisezentrum befindet. Deswegen werde das Projekt mit dem Chatbot und der künstlichen Intelligenz auch weitergeführt, wie die SBB schreiben.



In SBB-Testmontur: «Pepper».

40 Prozent fordern Todesstrafe

Terroristen sollen härter bestraft werden

Zwei Schweizer Doppelbürgern droht in Marokko die Todesstrafe. Sie sollen am brutalen Mord an zwei skandinavischen Rucksack-Touristinnen im Dezember 2018 beteiligt gewesen sein. Die beiden Frauen wurden enthauptet im Atlas-Gebirge gefunden. Bereits kurz nach dem Verbrechen konnte die Polizei vor Ort mehrere Verdächtige festnehmen. Darunter waren auch zwei Männer mit Schweizer Pass. Sie sollen aus Genf stammen und der Terrormiliz Islamischer Staat die Treue geschworen haben.

In der Schweiz ist die Todesstrafe eine Praxis aus längst vergangenen Zeiten. Doch sie hat auch hierzulande Befürworter. Gemäss einer neuen, repräsentativen Umfrage halten es 40 Prozent der Befragten für richtig, die beiden Schweizer mit dem Tod zu bestrafen. Das geht aus einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts

«Marketagent.com» hervor, an der 1000 Personen im Alter von 14 und 65 Jahren teilnahmen. 45 Prozent der Männer und 34 Prozent der Frauen stimmten demnach für die Todesstrafe. Auch unabhängig vom Fall in Marokko zeigt sich ein ähnliches Bild. 36 Prozent der Befragten finden, dass Terroristen, die gezielt töten, hingerichtet werden sollten.

Dass die Forderung nach der Todesstrafe wieder aufflammt, ist für den emeritierten deutschen Rechtsprofessor Franz Streng keine Überraschung. Seit 20 Jahren beschäftigt er sich mit dem Thema: «Heute erreichen uns Katastrophen aus aller Welt in Echtzeit», sagt er. Zudem würde in den Medien oft über schwere Verbrechen berichtet. «So etwas löst Mitleid mit den Opfern aus – und Wut und Vergeltungswünsche gegen die Täter.»

YANNICK NOCK